Potsdams Andere Seiten

LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE NOVEMBER 2025 | 21. JAHRGANG

Unser Stadtbild: Potsdam – eine lebendige solidarische Stadt

Nach den „Stadtbild"-Äußerungen des Bundeskanzlers während seines Antrittsbesuchs in unserer Landeshauptstadt protestierten bundesweit viele Menschen. Unter anderem wurde auch in Potsdam gegen Rassismus und Spaltung der Gesellschaft demonstriert. Wenn ein Bundeskanzler Menschen mit Migrationsgeschichte öffentlich als ‚Problem im Stadtbild' bezeichnet ist das keine politische Meinung mehr, sondern eine gefährliche Grenzüberschreitung. Solche Worte spalten unsere Gesellschaft, machen Menschen Angst und bereiten den Boden für Gewalt. Menschen mit Migrationsgeschichte sind kein Problem, sondern sie sind Teil unserer Stadt, Teil unseres Lebens, Teil unseres Miteinanders. Wie Die Linke das sieht lesen Sie auf der SEITE 3.

Potsdams Kleingärten dauerhaft schützen!

„Was sich an der Amundsenstraße abspielt, ist ein Paradebeispiel dafür, wie verantwortungslos Investoren mit Gemeingut umgehen", erklärt Tobias Woelki, Vorsitzender der Fraktion Die Linke in der Potsdamer SVV. Die Linke fordert nach wie vor: Potsdams Kleingärten dauerhaft schützen!

SEITE 2

„Junkerland in Bauernhand" und „Stolpersteine"

In der Sowjetischen Besatzungszone wurde vor 80 Jahren 3,3 Millionen Hektar Landbesitz sowie 14.000 bauliche Objekte entschädigungslos enteignet. Im AWO-Kulturhaus wird mit der Ausstellung „Stolpersteine" Nowaweserinnen und Nowawesern gedacht, die von den Nationalsozialisten vor oder während des Zweiten Weltkriegs verfolgt, vertrieben, deportiert und ermordet wurden.

SEITE 4

Linke will Wohnen bezahlbar machen

Die Linke setzt sich für die Rechte der Mieter:innen ein- und der Spekulation mit unserem Wohnraum ein Ende. Dazu haben sich im Oktober 800 Mitglieder der Linken aus 150 Kreisverbänden getroffen und ein Wochenende lang beraten - berichtet Isabelle Vandre (MdB). In ihrer Kolumne beleuchtet sie wie Vonovia und Co die Grunderwerbssteuer umgehen und Kasse machen.

SEITE 5

RATHAUS REPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam

Der „Rathausreport" im Innenteil

Aubel und der Wohnungsmarkt: ein Neuanfang für Potsdam? Eine echte Wahlfreiheit beim Übergang in die 7. Klasse und mehr Flohmärkte in Potsdam – das sind u.a. die Themen in dieser Ausgabe des alternativen Amtsblatts. Weiter wurde auf der SVV am 5. November 2025 u.a. der Linken Antrag „Faire Arbeitsbedingungen an der Musikschule" beschlossen.

SEITEN I-II

Die Linke: Potsdams Kleingärten dauerhaft schützen

In Deutschland gibt es mehr als eine Million Kleingärten. Der Baudruck in den Städten ist gross und macht auch nicht vor Gartenkolonien halt. Auch in Potsdam sind Kleingärten „verschwunden“. Am 11. November 1990 hatten sich 181 Kleingartenvereine aus Potsdam und der Umgebung - 19.908 Kleingärtnerinnen auf 9.480 Parzellen - zum neuen Kreisverband der Garten- und Siedlerfreunde e.v. (VGS) zusammen gefunden. Eine beachtliche, schlagkräftige Truppe – damals jedenfalls. Und heute? Der VGS Potsdam zählt laut eigener web-site nur noch 114 Mitgliedsvereine mit insgesamt 5470 Parzellen. Insgesamt also eine Talfahrt, die ihresgleichen sucht. Die weiter gehen soll - wie es das drohende Schicksal der Kleingartenanlage „An der Amundsenstrasse“ zeigt. Vor 50 Jahren gründete sich der Kleingartenverein „An der Amundsenstrasse“. Als eine der ersten Sparten in Potsdam wurde sie in einem gültigen Bebauungsplan dauerhaft als Kleingartenanlage gesichert. Dennoch sorgt sich der Verein um seine Zukunft.

„Was sich an der Amundsenstraße abspielt, ist ein Paradebeispiel dafür, wie verantwortungslos Investoren mit Gemeingut umgehen, wenn sie die Möglichkeit dazu haben“, erklärt Tobias Woelki, Vorsitzender der Fraktion Die Linke in der Potsdamer SVV. „Der Eigentümer droht offen mit Räumung und will offenbar sogar einen eigenen Verein gründen, nur um seine Renditeinteressen durchzusetzen. Das ist absurd und entlarvend zugleich.“ Die Fraktion Die Linke in der Potsdamer SVV steht solidarisch an der Seite der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner der Anlage An der Amundsenstraße und lehnt jede Räumung entschieden ab. Die Gärten sind seit Jahrzehnten ein wichtiger sozialer und ökologischer Anker im Stadtteil Bornstedt, ein Ort des Miteinanders, der Selbstversorgung und der Naherholung. „Wer in Potsdam Eigentum an solch sensiblen Flächen erwirbt, übernimmt auch Verantwortung. Und zwar gegenüber den Menschen, der Stadt und der Umwelt. Doch hier erleben wir das Gegenteil: Drohungen statt Dialog, Profitstreben statt Gemeinwohl“, so Woelki weiter. Die Linke fordert, dass das die Enteignung des Pachtvertrages nach §15 Bundeskleingartengesetz zum Schutz und Sicherung des bestehenden Kleingartenvereins umgesetzt wird. – Das bedeutet, dass die Stadt am Eigentümer vorbei Pachtverträge mit den Laubenpiepern abschließt. „Potsdam braucht keine windigen Projektentwickler mit großspurigen Versprechen, sondern verlässliche, gemeinwohlorientierte Strukturen – also kommunalen Wohnungsbau und den dauerhaften Schutz von Grün- und Gemeinschaftsflächen“, fügt Anja Günther, Mitglied der Fraktion Die Linke in der Potsdamer SVV, hinzu. „Der Kleingartenverein ‚An der Amundsenstraße‘ muss erhalten bleiben – nicht nur, weil er rechtlich als Dauerkleingarten gesichert ist, sondern weil er ein Stück gelebte Stadtgesellschaft ist.“, betont Günther abschließend.

Wir bauen Die Linke weiter auf

Nach langen Jahren interner Auseinandersetzung befindet sich Die Linke im Umbruch. Aktuell verteilt sich diese Last auf zu wenigen Schultern – auch weil vielerorts der Nachwuchs fehlt. Ob auf dem Land oder in der Stadt, wir wollen unsere politische Handlungsfähigkeit zurückgewinnen. Dazu haben wir ein Ausbildungsprogramm, das dich zur Aufbauheld*in macht. Gemeinsam mit anderen engagierten Parteimitgliedern lernst du den Werkzeugkoffer der Parteiarbeit kennen. Als Aufbauheld*in sorgst du dafür, dass Die Linke im Lokalen wieder sichtbar, strategie- und handlungsfähig wird.

Impressum

HERAUSGEBER
„medienPUNKTpotsdam“ – BERND MARTIN, Springbruch 16, 14558 Nuthethal, OT Bergholz-Rehbrücke.
REDAKTION
Bernd Martin (v.i.S.d.P.), Chefredakteur; Michael Berthold, Konstantin Gräfe, Romy Ibe, Maria Kadenbach, Steffen Lehnert, Carl Loschke, Torben Reichert, Sven Ullrich, Ida Karlotta Wiesigstrauch, Tobias Woelki.
AUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion

LAYOUT
Sophie Sumburane
TELEFON der Redaktion
0157/ 84 95 76 55
E-MAIL
info@medienpunktpotsdam.de
BANKVERBINDUNG
Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kt.-Nr.3508020699, BLZ 160 500 00
BILDAUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion/ Kathrin Gehrmann/ Archiv/Torben Reichert
DRUCK
Nordkurier Druck GmbH & Co. KG
Die nächste PaS erscheint am 11. Dezember 2025

180 WOHNUNGEN VERSCHWANDEN 2024 PER ABRISSBIRNE. JAHRZEHNTELANG PRÄGTE DER STAUDENHOF DAS POTSDAMER STADTBILD, NUN IST VON DEM FRÜHEREN DDR-WOHNBLOCK NICHTS MEHR ÜBRIG.

Ein Stadtbild sagt mehr als tausend Worte

Vor einigen Wochen war Potsdam die Kulisse für den ‚Antrittsbesuch' von Friedrich Merz in Brandenburg. Seine rassistischen Ausfälle zum „Stadtbild" sind mittlerweile zu einem bundesweiten Thema geworden. Merz ist nicht der erste, der in Potsdam rückwärtsgewandt über Stadtbilder schwadroniert. Von AfD und CDU über SPD bis hin zu den Grünen gibt es in Potsdam ständig Diskussionen und schnelle Beschlüsse zur ‚Sanierung' bestimmter Quartiere. Die Sanierung bedeutet in den meisten Fällen: Wohnungen mit Sozialbindung räumen, intakte Gebäude, die nicht preußisch genug anmuten, plattmachen und mit dem restlichen Geld ein Stadtbild aus der Zeit vor 1945 zu rekonstruieren. So entstehen leere Orte an denen sich, außer einer Handvoll Tourist*innen, niemand mehr aufhält. Kein Mensch wohnt, arbeitet oder verbring Zeit dort, wo gerade Wohnblocks, Werkstätten oder Hochschulen abgerissen wurden. Plastik-Preußen scheint auch grundsätzlich nicht sehr beliebt zu sein. Jüngsten Presseberichten zu Folge gibt es kaum Besucher*innen für den Turm der Garnisonkirchen-Attrappe.

In solch einem Stadtbild soll es auch gar nicht lebendig sein, sondern vielmehr eine verkitschte Fantasie angeregt werden, in der alles einmal schön war in der Stadt, vielleicht, angeblich und für wen eigentlich? Fantasien, die weder mit den Lebensrealitäten der Potsdamer*innen früher noch denen von heute irgendwas zu tun haben. Nationalistische Auswüchse trafen damals wie heute die Potsdamer*innen, die im sogenannten Stadtbild als ‚fremd' und ‚nicht dazugehörig' markiert werden. Der Potsdamer Mietenwahnsinn trifft besonders die Menschen, die wenig Geld haben und übertrifft in den Mietpreisen inzwischen sogar die berüchtigten Zustände in Berlin. Und trotzdem wird abgerissen und in zentraler Lage klein und hochpreisig nachgebaut. Dieses Verständnis vom Stadtbild steht uns allen feindlich gegenüber. Merz will keine Stadt. Merz will die Kulisse. Eine Kulisse für eine Geschichte, in der die Potsdamer*innen nicht vorkommen, sondern eine, in der überall „Bitte nicht berühren"-, „Nicht hinsetzen" – und „Rasen nicht betreten"-Schilder gepflanzt sind, während sämtliche Parktore über Nacht geschlossen werden und Menschen mit weniger Geld aus der Innenstadt verschwinden. Wir wollen nicht Statisten in Merzens Stadtbild sein, sondern unsere eigene Geschichte in einer lebendigen und solidarischen Stadt schreiben.

Torben Reichert/Carl Loschke

DAS „HOLLÄNDER VIERTEL" SOLLTE IM 18. JAHRHUNDERT NIEDERLÄNDISCHE HANDWERKER NACH POTSDAM LOCKEN.

Stadtbild und Erinnerungskultur

Die Geschichte Brandenburgs ist von Einwanderung und Vielfalt geprägt. Dieser Fakt ist in der öffentlichen Wahrnehmung leider kaum präsent. Eine „weißgewaschene" Erinnerungskultur macht nicht nur diverse Stimmen unsichtbar, sondern hat auch einen Einfluss auf aktuelle politische Debatten. In Potsdam fehlt eine tiefgreifende Auseinandersetzung mit Anteilen des kolonialen, imperialen und rassistischen Erbes der Stadt. Ebenso wenig gibt es ein positives Bewusstsein für den Beitrag von nicht als „weiß" oder „christlich" gelesenen Menschen zur lokalen Kultur, Geschichte und Gesellschaft. Die kulturelle, religiöse, ethnische und sprachliche Vielfalt wird zu wenig anerkannt, die Leistungen eingewanderter Arbeiter*innen und Student*innen in der DDR-Zeit oder die Lebensrealität von Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte zu wenig beachtet. Die rassistischen „Stadtbild"-Aussagen von Merz stehen im direkten Zusammenhang mit einem dominierenden Narrativ, das die Stadt von vornherein als „weiß" definiert.

Maria-Magdalena Pruß
AG AntiRas

FLÜCHTLINGE WAREN IN PREUSSENS METROPOLE SCHON FRÜHER WILLKOMMEN: AB 1752 WURDE VON FRIEDRICH DEM GROSSEN FÜR GLAUBENSVERFOLGTE EVANGELISCHE WEBER UND SPINNER AUS BÖHMEN EIN SPEZIELLES VIERTEL ERRICHTET – IN NOWAWES.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam | Ausgabe November 2025

FÜR ECHTE WAHLFREIHEIT BEIM ÜBERGANG IN DIE 7. KLASSE

Die sogenannte „Integrierte Kita- und Schulentwicklungsplanung“ der Stadt wird turnusgemäß 2026 neu aufgelegt. In dieser Planung wird geregelt, welche Schulen mit jeweils wie viel Klassen in den kommenden 5 Jahren die Schulversorgung sicherstellen. Dazu zählen auch neu zu eröffnende Schulen, hier v.a. die von uns schon lange forcierten Gesamtschulen Waldstadt (FOTO) und Golm. Nachdem in den letzten 5 Jahren 3 Gymnasien, aber keine Gesamtschule gegründet wurden und in beiden Stadtteilen noch blinde Flecken in der Versorgung bestehen, sind diese Schulen dringend nötig.

Im Zuge dessen wollen wir, ebenso wie der Kreiselternrat, die Befragung der Eltern der Grundschüler der 5. und 6. Klassen zum Anwahlverhalten für die 7. Klasse wiederholen. Diese haben wir vor knapp 2 Jahren schon einmal durchgeführt, um zu erfahren, wie Wunsch und Wirklichkeit zwischen Elternwillen, strategischer Anwahl und am Ende der zugeteilten Schule zusammenpassen. Nach einer längeren Debatte wurde der Antrag auch gegen den Willen der Verwaltung (die die Befragung erst nach Abschluss der Planung durchführen wollte!) in der SVV sofort beschlossen. So sieht größtmögliche Verfahrensbeteiligung der Eltern aus und wir werden ein wachsames Auge auf die Neuauflage des IKSEP haben – im Interesse unserer Kinder und für eine echte Wahlfreiheit bei der weiterführenden Schule, die im besten Fall alle Abschlüsse flexibel ermöglicht.

Tina Lange, stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Mit auf den Weg...

Aubel und der Wohnungsmarkt: Ein Neuanfang für Potsdam?

Mit der Wahl von Noosha Aubel zur Oberbürgermeisterin hat Potsdam die Chance auf einen Neuanfang – doch ob dieser gelingt, bleibt abzuwarten. Die Herausforderungen auf dem Potsdamer Wohnungsmarkt sind enorm: Steigende Mieten, Verdrängung der weniger wohlhabenden Bevölkerung und die stetig wachsende Nachfrage nach Wohnraum. Es muss sich noch zeigen, ob Frau Aubel bereit ist, die nötigen Schritte zu unternehmen, oder ob sie den Status quo einfach weiterlaufen lässt.

Die Linke erwartet, dass sie das Wohnungspolitische Konzept nicht nur als Papier entstaubt, sondern es mit Leben füllt und mit uns gemeinsam weiterentwickelt. Die Milieuschutzsatzungen müssen endlich durchgesetzt und städtische Flächen dürfen nicht weiter privatisiert werden. Die ProPotsdam muss als sozialer Akteur gestärkt werden, damit mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird und die Stadt nicht weiter dem freien Markt überlassen wird.

Sollte Frau Aubel die Herausforderungen annehmen und eine konsequent Linke Mietenpolitik umsetzen, wird sie die Unterstützung der Linken finden. Wir stehen an ihrer Seite, wenn sie sich dafür einsetzt, den Wohnungsmarkt wieder in den Dienst der Menschen zu stellen. Aber sollte sie zögern oder unter den Druck von Investoren einknicken, wird es notwendig sein, klare politische Kante zu zeigen und die Stadtgesellschaft für eine echte Veränderung zu mobilisieren.

Tobias Woelki
Fraktionsvorsitzender

Die Linke
Fraktion in der Potsdamer SVV

MEHR FLOHMÄRKTE FÜR POTSDAM

Potsdam braucht mehr Flohmärkte! Sie sind nicht nur ein Ort für Gebrauchtwaren, sondern ein lebendiger Teil einer solidarischen und ressourcenschonenden Wirtschaft. Flohmärkte ermöglichen es, Dinge weiterzugeben statt wegzuwerfen, fördern den Tausch und die lokale Gemeinschaft und bieten gerade in Zeiten von Inflation und steigenden Lebenshaltungskosten preisgünstige Alternativen. Leider sieht die Realität anders aus: Die Verwaltung blockiert zunehmend private Flohmärkte. Zuletzt im Oktober, als ein Markt im Holländischem Viertel kurzfristig untersagt wurde. Anstatt die sozial-ökologischen Vorteile von Flohmärkten zu erkennen, werden diese oft als bürokratisches Problem behandelt. Deshalb haben wir als Fraktion Die Linke einen Antrag eingebracht, um bürokratische Hürden für Flohmärkte abzubauen. Wir fordern die Stadt auf, ein einfaches Verfahren zu schaffen, das den Weg für nicht-gewerbliche, nachbarschaftliche Flohmärkte frei macht. Es braucht transparente Regelungen, die zwischen privaten und gewerblichen Märkten klar unterscheiden. Außerdem soll die Stadt geeignete Flächen für regelmäßige Flohmärkte bereitstellen. Flohmärkte sind ein wichtiger Teil der sozialen und solidarischen Stadtökonomie und das muss auch in Potsdam sichtbarer werden!

Tobias Woelki
Fraktionsvorsitzender

Termine

November/ Dezember 2025

Tobias Woelki
Fraktionsvorsitzender

Carl Loschke
Fraktions-geschäftsführung

Edisonallee 5-9
14473 Potsdam

Fraktionssitzung

am 17. 11., 24.11 und am 01. Dezember 2025 jeweils um 18 Uhr im Lothar-Bisky-Haus, Alleestraße 3 (parteiöffentlich))

Nächste SVV:

Mittwoch, 03 12., 15 Uhr, Stadtverordnetenversammlung, IHK Potsdam Breite Straße 2A-C -

Mail:

dielinke@rathaus.potsdam.de

Beschlossen...

Faire Arbeitsbedingungen in der Musikschule

Auf der sg. Zustimmungsliste befand sich auf der SVV unser Antrag Entfristung der Lehrkräfte der Städtischen Musikschule „Johann Sebastian Bach“. Dieser entfristet nun die Arbeitsverträge der 37 Lehrkräfte der Musikschule, die die Stadt jahrelang im Argen gelassen hat. Damit beendet die Stadt auf unsere Initiative hin die Unsicherheit und bekennt sich zu fairen Arbeitsbedingungen in der kulturellen Bildung.

Kampf gegen Mietenwahnsinn

Von der Zustimmungsliste gestrichen, hat die CDU unseren Antrag zum Beitritt zum Bündnis ‚Wohnungsnot durch Umwandlung und Eigenbedarfskündigungen stoppen!‘. Darum musste der Antrag noch einmal unter weinerlicher Gegenrede der Immobilienhai-Fraktion CDU in der SVV besprochen werden, bevor er dann endlich beschlossen wurde. Mit dem Beitritt bekennt sich die LHP Potsdam zur Bekämpfung von Eigenbedarfskündigungen und Umwandlungen, die massiv zur Zuspitzung des Mietenwahnsinns beitragen. Unsere Anträge und Forderungen zu konkreten Maßnahmen liegen schon lange auf dem Tisch. Wir kämpfen weiter gegen Mietenwahnsinn!

Linke fordert antifaschistisches Bildungsprogramm

Erneut wurde die „Bibliothek der verbrannten Bücher“ am Bassinplatz in Potsdam Ziel eines Angriffs. Scheiben wurden zerstört und Bücher angezündet. Ein gezielter Angriff auf antifaschistische Erinnerungskultur mitten in der Stadt. „Wer Gedenkorte angreift, hat ein Problem mit Demokratie und mit uns als Gesellschaft“, erklärt Tobias Woelki, Vorsitzender der Fraktion Die Linke in der Stadtverordnetenversammlung. „Betroffenheit reicht jetzt nicht. Wir müssen denjenigen entgegentreten, die Geschichte auslöschen und rechte Gewalt normalisieren wollen.“ Die Linke fordert ein Programm für antifaschistische Bildungsarbeit an allen Potsdamer Gedenkorten, gemeinsam mit Schulen und Jugendprojekten entwickelt und dauerhaft finanziert. Erinnerung darf kein leeres Ritual sein, sondern muss jungen Menschen Werkzeuge geben, rechten Ideologien aktiv entgegenzutreten. Antifaschismus gehört fest in den Alltag dieser Stadt. Woelki stellt klar: „Die Botschaft der Nationalsozialisten war Feuer und Vernichtung, unsere Antwort muss Solidarität und ein kämpferischer Antifaschismus sein.“ Der Angriff steht in einer Linie mit wachsender rechter Gewalt in ganz Brandenburg. „In einer Stadt, in der Bücher verbrannt wurden, darf niemand so tun, als sei dieser Ort nur Glas und Papier“, so Woelki. „Wir haben die Verantwortung, antifaschistische Praxis zu stärken.“ Die Linke ruft alle Potsdamer:innen auf, ihre antifaschistische Erinnerungsorte zu verteidigen und dort laut zu werden, wo andere hoffen, dass wir schweigen.

IMPRESSUM RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam
Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
Fraktion Die Linke; Friedrich-Ebert-Straße 79/81; 14469 Potsdam

E-Mail: DieLinke@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289 30 48
Fax: 0331/289 31 19
Druck: Nordostdruck
V.i.S.d.P. Tobias Woelki

„Junkerland in Bauernhand“

1945 gehörte die Realisierung einer vor allem für die ostzonale Agrarstruktur dringlichen Bodenreform zu den Forderungen aller sich formierenden antifaschistischen Parteien. Im Zuge der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone wurden 3,3 Millionen Hektar Landbesitz sowie 14.000 bauliche Objekte entschädigungslos enteignet. 76 Prozent der Fläche stammten von 7.160 privaten Gutsbetrieben, also von Höfen mit über 100 Hektar Nutzfläche; vier Prozent von 4.537 Höfen aktiver Nazis und Kriegsverbrecher mit weniger als 100 Hektar Fläche. Bei den restlichen 20 Prozent der enteigneten Flächen handelte es sich um staatliches Eigentum sowie um Eigentum der Nazipartei. Doch auch manche Ungerechtigkeit beeinträchtigte die antifaschistische Zielstellung und den demokratischen Charakter der Bodenreform. Aus Grundbesitzerfamilien kamen auch aktive Nazigegner und Widerstandskämpfer, so die Mitglieder des „Kreisauer Kreises“. Auch sie wurden enteignet und ausgewiesen. Mit der Übernahme der DDR durch die Bundesrepublik stellte sich dann 1990 die Frage, ob auch die durch die Bodenreform durchgesetzte Enteignung rückgängig gemacht werden sollte, ob also die Alteigentümer, die Großgrundbesitzer, Nazi- und Kriegsverbrecher, Ansprüche auf ihr ehemaliges Bodeneigentum geltend machen könnten. Schließlich wurde zwar festgelegt, dass die Entscheidungen der Besatzungsmacht und insofern auch die Bodenreform nicht rückgängig gemacht werden dürfen. Trotzdem wurden in den 1990-er Jahren rund 70.000 Erben von Bodenreformland mit dem Argument entschädigungslos enteignet, dass sie zum Zeitpunkt der „Wende“ nicht selbst Mitglieder einer Genossenschaft oder darüber hinaus in der Landwirtschaft tätig waren. Darüber hinaus wurde durch das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) von 1994 der vergünstigte Rückerwerb zumindest eines Teils der früheren Besitztümer der »Bodenreformopfer« ermöglicht. Fazit: Nach 1990 fand die größte Eigentumsverschiebung, der bis dato größte Raubzug von Grund und Boden auf deutschem Territorium statt. Kein Ruhmesblatt deutscher Geschichte.

Bernd Martin

DIE IDEE DER STOLPERSTEINE GEHT AUF DEN BERLINER KÜNSTLER GUNTER DEMNIG ZURÜCK

„Stolpersteine“ in Babelsberg

Seit dem 7. November 2025 wird im AWO-Kulturhaus Babelsberg (FOTO) mit der Ausstellung „Stolpersteine“ Nowaweserinnen und Nowawesern gedacht, die von den Nazis vor oder während des Zweiten Weltkriegs verfolgt, vertrieben, deportiert und ermordet wurden. Im ehemaligen Nowawes wurden im Jahr 2010 die ersten Stolpersteine für Familie Kauf, die Eheleute Rosenbaum, Kurt Samter, Margot Falkenburg (geb. Brauer) und die Eheleute Dornbusch verlegt. Seit 2025 erinnern und mahnen nunmehr insgesamt 37 Stolpersteine im Stadtteil. Die meisten Stolpersteine gedenken Menschen, die aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum verfolgt wurden, aber auch politischen Gegnerinnen und Gegnern, Menschen mit Behinderung und Andersdenkenden. In Potsdam wurde meist auf Initiative von Lehrerinnen und Lehrern mit ihren Schulklassen, Familienangehörigen der Verfolgten, Vereinen und Initiativen, oder Einzelpersonen, die Beteiligung am europäischen „KunstDenkmal“ Stolpersteine vorangetrieben. Mittlerweile sind in Europa circa 116.000 Steine verlegt.

In den kommenden Monaten soll weiter recherchiert und die zusammengetragenen Informationen in einer Begleitbroschüre veröffentlicht werden. Die Ausstellung wird bis ins kommende Frühjahr gezeigt und in diesem Rahmen werden zahlreiche Veranstaltungen zu dem Thema im Kulturhaus Babelsberg stattfinden.

Die Ausstellung ist ein Projekt von der Geschichtswerkstatt Rotes Nowawes e.V. und dem AWO Kulturhaus Babelsberg. Die Eröffnungsveranstaltung fand in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg statt und läuft bis zum 29.05.2026. Der Eintritt ist frei.

Die Hoffnung organisieren -
Linke will Wohnen bezahlbar machen

Seit Jahren kennen die Mieten nur eine Richtung: Sie werden immer weiter erhöht. Und das nicht nur in Hamburg, Berlin oder München. Auch in Brandenburg wird bezahlbarer Wohnraum zunehmend knapp. In Rankings, die die Kostenexplosion quantifizieren, belegen Brandenburger Städte und Gemeinden regelmäßig Spitzenplätze. So stiegen die Angebotsmieten in Brandenburg an der Havel von 2023 zu 2024 um knapp elf Prozent. Damit gehört die Stadt zu den traurigen TOP 10 in Deutschland. Erst kürzlich offenbarte die Analyse des Immobilienverbandes Deutschland (IVD), dass Potsdam bei der Durchschnittsmiete inzwischen mit 10,80€ pro Quadratmeter sogar Berlin überholt hat. Hinzu kommt: Es gibt in ganz Brandenburg nur noch 20.046 mietpreis- und belegungsgebundene Wohnungen, 2014 waren es noch 59.622. Das sind die nackten Zahlen. Sie stehen im Widerspruch zu der oft gehörten Erzählung, dass die Mietenkrise Brandenburg bisher verschont habe. Doch die Realität sieht anders aus: Für Viele ist die Angst vor Verdrängung und Armut bitterer Alltag. In Brandenburg ist Die Linke seit Jahren die einzige Partei, die diese Entwicklung überhaupt wahrnimmt und ihr einen Riegel vorschieben möchte. Und auch auf Bundesebene ist Die Linke die Partei, die sich für die Rechte der Mieter:innen ein- und der Spekulation mit unserem Wohnraum ein Ende setzen möchte. Um diesen Zielen näher zu kommen, haben sich Anfang Oktober 800 Mitglieder der Linken aus 150 Kreisverbänden getroffen und ein ganzes Wochenende lang diskutiert und Strategien entwickelt. Unser Ziel: Gemeinsam mit den Menschen vor Ort, mit Mieter:innenninitiativen und Nachbar:innenschaften den Druck für eine Mietenpolitik außerhalb von Profitgier aufzubauen. Wir wollen aktiv auf die Mieter:innen zugehen, Bündnisse schmieden um damit die Entscheidungen in der Kommune, aber auch auf Landes- und Bundesebene zu beeinflussen. Wir sind davon überzeugt: Veränderung gelingt nur wenn wir uns gemeinsam organisieren!

Isabelle Vandre, Mdb

KURIOSES inside BUNDESTAG

Wie Vonovia und Co die Grunderwerbssteuer umgehen und Kasse machen

Kaum zu glauben, dass die Politik gegen diesen Mietenwahnsinn nicht nur nichts unternimmt, sondern die Profiteure und Treiber dieser Krise auch noch mit Steuerprivilegien hofiert, so zum Beispiel bei der Grunderwerbssteuer. Grundsätzlich muss jede Person, die ein Haus oder eine Wohnung kauft, Grunderwerbssteuer zahlen, in Brandenburg liegt diese bei 6,5% des Kaufpreises. Wenn also Familie Meier ein Haus kauft, das 200.000 € kostet, sind 13.000 € Steuern fällig - für die Familie eine ganze Menge Geld. Diese Regel gilt aber nicht für Vonovia, den größten privaten Vermieter Potsdams und größten Wohnungskonzern in Europa. Als Vonovia einen anderen Wohnungskonzern, die „Deutsche Wohnen“ mit dessen 155.000 Wohnungen kaufte, zahlten sie dafür nicht einen einzigen Cent Grunderwerbssteuer - und das ganz legal. Dazu nutzten sie einfach ein Steuerschlupfloch namens „Share Deals“. Grundlegend ist bei „Share Deals“, dass nicht die Wohnungen direkt, sondern Anteile an dem Immobilienunternehmen gekauft werden. Wenn es sich um eine Übernahme von unter 90% des Unternehmens handelt, muss darauf nämlich keine Grunderwerbssteuer bezahlt werden. Um nun die komplette Steuer zu umgehen, passiert folgendes: Als erstes werden unter 90% der Anteile gekauft - so kaufte Vonovia 2021 87% der „Deutschen Wohnen“. Dann werden die Anteile ausgelagert - Vonovia übertrug 20% seiner Anteile an ein Tochterunternehmen. Schließlich werden die restlichen Anteile gekauft - Vonovia kaufte 2025 die restlichen 13% der Anteile. Somit gehören Vonovia alle 155.000 Wohnungen - offiziell besitzt das Unternehmen aber immer noch weniger als 90% der Anteile und musste somit keine Steuern zahlen. Dem Land Berlin, wo sich die meisten der Wohnungen befanden, entgingen so über eine Milliarde an Steuergeldern. Zeitgleich werden in Berlin Zuschüsse zu Klassenfahrten gestrichen, Kürzungen an sozialen Vorhaben werden mit “klammen Kassen” gerechtfertigt. Und dabei handelt es sich keineswegs um einen Einzelfall: Bei mehr als einem Drittel aller großen Wohnungstransaktionen wird mit Hilfe von „Share Deals“ die Grunderwerbssteuer umgangen. Obwohl das Problem aber seit den 90er Jahren bekannt ist und die Steuerverluste seitdem exorbitant sind, hat bislang keine Regierung wirksame Maßnahmen dagegen ergriffen - es fehlt einfach am politischen Willen, sich mit der Immobilienlobby anzulegen.

Isabelle Vandre, MdB

„Helden, Gedenken und ein Stein“

Erinnern und gedenken - Potsdamer „Treffpunkt Freizeit“ mit Geschichtswettbewerb für Schüler

Der „Treffpunkt Freizeit“ am Potsdamer Neuen Garten wurde als Pionierhaus „Erich Weinert“ 1952 eröffnet. Ein Gedenkstein zu Ehren des namengebenden KPD-Führers Ernst Thälmann (1886 bis 1944) steht noch heute vor der beliebten Freizeiteinrichtung.

Der heutige „Treffpunkt Freizeit“ will den Gedenkstein zurück aus der Vergessenheit holen und widmet deshalb seinen Geschichtswettbewerb den Fragen rund um „Helden, Gedenken und der Stein“. Beteiligen am Wettbewerb können sich Schulklassen, aber auch Vereine oder andere schulferne Gruppen. Der Wettbewerb findet seit September 2025 bis 30. April 2026 statt.

Katharina Dahme verlässt den Vorstand des SV Babelsberg 03

Mit Katharina Dahme geht eine Präsidentin, die den SV Babelsberg 03 geprägt hat wie kaum jemand vor ihr und das durchweg positiv! Vier Jahre lang führte sie Nulldrei, stets mit Fingerspitzengefühl, stets mit klarer Haltung. Dahme, die neben dem Mitgliedsausweis der Filmstädter auch das linke Parteibuch besitzt, sorgte dafür, dass sich der Verein nach stürmischen Vorjahren stabilisierte und breit aufstellen konnte. Ihren Nachfolger:innen Paul Bachmeyer und Katja Herzberg ist Erfolg zu wünschen, die zweifelsohne großen Fußstapfen auszufüllen. Insbesondere die vertrauensvolle Kommunikation zu den Fans zeichnete die Arbeit von Isabelle Vandre im Rahmen ihrer Vorstandstätigkeit aus, die nun ebenfalls endet. Beiden wünschen wir alles Gute für die kommenden Aufgaben!

Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Im Rechenzentrum Potsdam

Für Deutschland zur Waffe greifen?

Freitag, 21.11.2025 | 19:00-21:00

Gespräch mit dem Politik-Influencer Simon David Dreßler und der Podcasterin Linda Peikert über Gamification des Krieges und die Pipeline in die Bundeswehr

Imperialismus & Militarisierung

Samstag, 22.11. 2025 | 11:30-13:30

Einführung in Praxis, Analyse und Kritik des Imperialismus- mit Ingar Solty, Bafta Sarbo & Fabian Lehr

NATO als kriegstreibende Friedensmacht?

Samstag, 22.11. 2025 | 14:30-16:30

Diskussion über den Westen und die NATO mit Raina Zimmering, Zetkin Forum, Lothar Schröter & Fabian Scheidler

Einspruch & Dissidenz: Zusammen kriegsuntüchtig

Samstag, 22.11. 2025 | 17:00-19:00

Aktivismus, Parteien und Gewerkschaften: Austausch über den Kampf gegen Militarisierung und Wehrpflicht mit Lisa Pfitzmann (solid), Bündnis Nein zur Wehrpflicht, Cem Ince (MdB Die Linke) & Rheinmetall entwaffnen

Anmeldung erbeten unter info@bbg-rls.de

Zerfall - Wie soziale Ungerechtigkeit uns kaputtmacht

Soziale Ungerechtigkeit dringt in unsere Gedanken und Gefühle ein, zerschlägt Beziehungen, nährt Hass, Hetze – und ebnet den Aufstieg faschistischer Kräfte. Sie bedeutet Ausgrenzung, Entrechtung und Ausbeutung für viele. Sie bedeutet den Zerfall unserer Menschlichkeit. Darin war sich die Diskussionsrunde auf der Autorinnenlesung im AWO-Kulturhaus Babelsberg mit Julia Schramm und Sebastian Walter am 30. Oktober einig. Mit klarem Blick und kraftvoller Sprache seziert Julia Schramm die soziale Spaltung und entwirft zugleich die Hoffnung auf eine solidarische Zukunft. Ein Buch für alle, die nicht nur verstehen, sondern verändern wollen.

Julia Schramm: Zerfall. Wie soziale Ungerechtigkeit uns kaputt macht. Trabanten Verlag, Berlin 2025, ISBN 978-3-98697-140-3.

+++ TERMINE +++

20. November 2025 von 18:00 – 20:00 Uhr

Termin für die AG Wohnen im rotbloq, Zeppelinstr. 7.

26. November 2025 von 19:00 – 21:00 Uhr

Der Herbst ist da und wir laden ein zur obligatorischen Kleidertauschparty. Sortiert eure Winter- und Herbstklamotten aus, schnappt euch eure FLINTA*-Freund*innen und kommt vorbei zum (aus-)tauschen und eine gute Zeit haben!

29. November 2025, 10:00 – 18:00 Uhr

Landesparteitag Die Linke Brandenburg

02. Dezember 2025, 18:00 Uhr

Ausstellungseröffnung: Schicksal Treuhand im Freffpunkt Freizeit, am Neuen Garten 64

03. Dezember 2025, 18:00 Uhr

Buchvorstellung - Timo Daum. Big Data China. Lothar-Bisky-Haus, Alleestr. 3

Stets bleibst du auf dem Laufenden für aktuelle Termine und Änderungen unter

dielinke-potsdam.de/termine